

THOMAS SCHÄRTL · AUGSBURG

## WAS IST DIE KRISE DER KIRCHE?

*Über das «Memorandum 2011»  
und seine brennenden theologischen Fragen*

Von außen betrachtet ist es ein beeindruckender Vorgang: Mehr als 200 Lehrende der Theologie unterschrieben einen «Forderungskatalog», um in der Glaubwürdigkeitskrise der Katholischen Kirche einen Dialogprozess in Gang zu setzen. Selten zuvor hat es so viel Gemeinschaftssinn in der z.T. sehr zerklüfteten theologischen Landschaft gegeben – zuletzt vielleicht im Umfeld der so genannten Kölner Erklärung aus dem Jahr 1989.

Kritische Stimmen – so etwa ein sehr ironisch gehaltener Beitrag von Alexander Kissler – vermerken nicht ganz zu Unrecht, dass die deutschen Katholiken nicht einmal 2% aller weltweiten Katholiken ausmachen, so dass das Gewicht der 200 Dozentinnen und Dozenten im weltweiten Maßstab relativ gering ausfällt. In den US-Medien fiel die deutsche Initiative nicht sonderlich auf; im *National Catholic Reporter* wurde auf die Gesamtsituation der Katholischen Kirche (die Austrittswellen des Jahres 2010) sowie auf den (global betrachtet) geradezu exorbitanten Reichtum der deutschen Kirchen verwiesen. Vom Stellenwert der Theologie in Deutschland war da schon nicht mehr die Rede. Aber die wenigen Wortmeldungen, die auf die Nachrichten aus Deutschland reagierten, waren – gelinde gesagt – verheerend. Die dabei verwendeten Etiketten sollen hier nicht wiederholt werden. Zu erwähnen ist – aus sachlichen Gründen – ein wichtiger Punkt: Es gibt eine Anzahl von wortführenden Katholikinnen und Katholiken, die im Forderungskatalog des Memorandums die Preisgabe spezifischer katholischer Identitätsmarker erblicken und die gerade deshalb ziemlich erbost schwerste Geschütze aufgeföhren haben.

### *Zugzwänge*

Das Memorandum selbst, das im weltweiten Maßstab nur als kleines Beben in einer ohnedies von allerlei Erosionsprozessen bedrohten deutschen Kir-

*THOMAS SCHÄRTL, geb. 1969, Professor für Philosophie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Augsburg.*

chensituation aufscheint, hat Zugzwänge produziert. Ein erster ‹Zugzwang› wäre vielleicht positiv: der Versuch eines innerkirchlichen Dialoges. Denn offenkundig spricht das Memorandum für jene Katholikinnen und Katholiken, die von den dort angemahnten Themen beunruhigt und bewegt werden. Aber die vom Memorandum produzierten Zugzwänge gehen darüber hinaus: Von bestimmten Rändern der katholischen Kirche wird bereits die Disziplinierung jener 200 Theologinnen und Theologen gefordert, weil von der Theologie eigentlich erwartet werde, das auszulegen, was die Kirche lehrt (und nicht theologische Meinungen zu vermitteln). Es stimmt bedenklich, wenn gerade die Ränder zur Memorandumsinitiative applaudieren – und sei es nur, dass sie sich diebisch über diese Positionsbestimmung deutscher Theologie freuen. Ein dritter Zugzwang betrifft die Bischöfe, die sich im weltweiten Maßstab den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass die deutsche Universitätstheologie ihre ekklesiale Haftung verloren habe – Wasser auf die Mühlen all jener, die die Rückverlagerung der Priesterausbildung in Seminarfakultäten und kirchliche Hochschulen fordern. Einem vierten Zugzwang sind alle jene Theologinnen und Theologen ausgesetzt, die das Memorandum *nicht* unterzeichnet haben. An einigen Fakultäten wurde gerade unter den Studierenden schon nach dem ‹status confessionis› ihrer Lehrerinnen und Lehrer gefragt – und zwar in beide Richtungen: Denn die Nichtunterzeichnung erweckt den Eindruck, als würde man nicht unter der Krise des Jahres 2010 leiden und als wüsste man sich nicht auch Licht am Ende des Tunnels und als würde man die Missbrauchsfälle nicht ebenfalls verurteilen. In die andere Richtung waren Studierende besorgt darum, ob sie überhaupt noch von *katholischen* Theologinnen und Theologen unterrichtet werden, und fragten durchaus verzweifelt, wie die Spannungen, die nunmehr mitten durch Studierendenschaften (und vor allem Priesterseminare) laufen, auszuhalten seien. In einen fünften Zugzwang schließlich gerät die Religionspolitik in Deutschland: Am Exempel des Islam lässt sich eine pragmatisch kluge Strategie studieren: Religion in ein reflektiertes universitäres Setting zu setzen, kann fundamentalistische Zähne ziehen. Die Basis dafür muss aber sein, dass universitäre Theologie gedeckt bleibt von der Zustimmung der religiös relevanten Institutionen und Instanzen. Eine zunehmende Entfremdung zwischen religiösen Institutionen hier und wissenschaftlicher Theologie da ist für den Religionspolitiker ein unliebsamer Fall. Und er oder sie wird sich genötigt fühlen, darüber nachzudenken, warum und wieso man eine Theologie subventionieren soll, der die Legitimation in der jeweiligen religiösen Institution abhanden gekommen ist. Anders gesagt: Die durch das Memorandum weiter beförderte Entfremdung zwischen Theologie und Kirche ist *Munition* für die Argumentation all jener, die eine steuermittelfinanzierte wissenschaftliche Theologie für luxuriös, unterlegitimiert oder sogar dekadent erachten.

Auch «kirchenpolitisch» muss gefragt werden, warum die Verfasserinnen und Verfasser des Memorandums den Weg über die Skandale goutierende Öffentlichkeit gewählt haben: Es gibt die *Europäische Gesellschaft für Theologie*; es gibt die *Mainzer Gespräche*, es gibt unzählige Kontaktgespräche zwischen den theologischen Fakultäten und den Bischöflichen Ordinariaten. Auf all diesen Foren können Professorinnen und Professoren immer und zu jeder Zeit ihre Anliegen vorbringen, ihre Sorgen äußern, brennende kirchenpolitische Themen erörtern und damit den Bischöfen zu Gehör bringen. Warum wurde aber dieser Weg über die Presse gewählt? Wenn inzwischen vor der theologisch-akademischen Halböffentlichkeit all jene Theologinnen und Theologen stigmatisiert zu werden drohen, die *nicht* unterzeichnet haben, so ist zu bedenken, dass es auch für ein Nichtunterzeichnen eine Reihe von ganz verschiedenen Motiven gibt: etwa dass man nur mit einem gewissen Teil der Forderungen einverstanden sein könnte oder dass man den Forderungskatalog als ungeeignetes Therapeutikum für eine falsch diagnostizierte Krankheit hält oder eben auch: dass man diese Form der Meinungskundgabe als ungeeignet erachtet.

### *Die Krise*

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Jeder einzelne Missbrauchsfall hätte nicht passieren dürfen. Jeder einzelne Fall ist eine Schande für die Heiligkeit des kirchlichen Amtes. Und alle Täter, alle deckenden Mitwisser, die sich durch ihre Untätigkeit zu Handlangern gemacht haben, müssen die Wucht des Gesetzes zu spüren bekommen. Das gilt mit Blick auf das kirchliche Strafrecht genauso wie für das Strafgesetzbuch der bürgerlichen Welt. Dass die Gläubigen auch hier nicht nur die Vergebungsbitten der Bischöfe hören wollen, sondern auch deren heiligen Zorn auf die Übeltäter sehen möchten, ist verständlich. Dass Gläubige enttäuscht sind, wenn auch die Kirche so reagiert wie etablierte Institutionen – denken wir an Parteien oder Konzerne – es tun (nämlich: Verschweigen, Leugnen, Vertuschen, Einräumen, Ausräumen etc.), ist vollkommen plausibel. Aber wie kann die Kirche auf diese Enttäuschung und diesen Schmerz reagieren? Etwa durch die Empfehlungen des Memorandums? Wer sich diese Empfehlungen genauer ansieht, wird sich eines *Déjà-Vu*-Erlebnisses nicht erwehren können: Die Inhalte spiegeln die Agenda des Kirchenvolks-Begehrens aus den 90er Jahren. Kann es denn sein, dass für so verschiedene kirchliche Krisen und Kontexte die immer gleichen Rezepte helfen sollen?

Wer sich die Krise genauer betrachtet, wird differenzieren müssen. Da ist einerseits die schon seit Jahrzehnten laufende Erosion der Volkskirche(n) in Deutschland. Da gibt es andererseits eine generelle, dem Denken der Moderne und Postmoderne geschuldete Legitimationskrise von Autorität

(und dies gilt für die Politik ebenso wie für die Kirchen): Wo Autorität nicht durch Kompetenz, Charisma und Integrität gedeckt ist, wird sie als illegitim erachtet. Erst als dritter Faktor kommt die spezifische, durch die Missbrauchsfälle ausgelöste Krise hinzu. Obwohl viele der aufgedeckten Fälle dreißig oder vierzig Jahre alt sind, brennen sie umso schmerzhafter, als in der generellen Krise von Autorität der fragwürdige Umgang mit der Wahrheit die Integrität von Autorität und Amt regelrecht unterminiert.

Keine Frage: Die Missbrauchskrise ist eine Krise. Und es ist nur zu verständlich, wenn viele Gläubige bitter enttäuscht sind, weil sie den Eindruck haben müssen, dass die katholische Kirche mit Blick auf das jesuanische Ehescheidungsverbot buchstabentreu agiert, während sie jenes harte Wort Jesu, das sagt, dass es für jene, «die einen von diesen Kleinen, die an Christus glauben, zum Bösen verführen, besser wäre, wenn sie mit einem Mühlstein um den Hals ins Meer geworfen würden» (vgl. Mk 9,42), zu überhören scheint. Und es wäre (im Anschluss an eine Entdeckung von Avery Dulles) einer theologischen Überlegung wert in einem Corollarium, das sich auf Thomas von Aquins allgemeine Sakramentenlehre bezieht und in dem der «character indelebilis» als *potentia* begriffen wird (vgl. S.Th. III q. 63 a. 3-5), darüber nachzudenken, ob die Aktivierung dieser *Potentia* bei einem Amtsträger durch eine so grässliche Sünde wie den Kindesmissbrauch nicht derart unterhöhlt wird, dass es unmöglich wird, dass dieser Amtsträger jemals wieder in die Rolle eines bevollmächtigten Amtsträgers eintreten kann. Eine derartige theologische Überlegung hätte vielleicht verhindern können, dass man überhaupt jemals in die Versuchung kam, pädophile Priester nach einer Phase der (inzwischen weiß man leider: wirkungslosen) Therapie wieder in die Seelsorge zu schicken. Es ist theologisch denkbar, dass der *character indelebilis* zwar erhalten bleibt, die *sacra potestas* aber so entleert ist, dass sie keine Macht der Welt jemals wieder «herstellen» kann.

Man wird auch darüber nachdenken müssen, wie viele Missbrauchsfälle eigentlich Fälle von Homosexualität und Ephebophilie sind – und wie man mit der Tatsache umgeht, dass es homosexuelle Subkulturen auch im Klerus gibt. Allerdings darf man in diesem Punkt konstatieren, dass die deutschen Bischöfe und die Regenten der Seminare schon seit Jahren extrem hellhörig und hellsichtig agiert haben. Das *Scrutinium*, dem sich Seminaristen zu unterwerfen haben, ist inzwischen hart und sehr genau. Gefahren drohen sogar aus anderer Richtung: Die Härte des *Scrutiniums* hat in den USA zum Beispiel zu einer Überpsychologisierung der Priesterausbildung geführt; jeder Kandidat muss sich in jedem Semester einem Test unterziehen, der dann von Experten ausgewertet und vom Regens zur Kenntnis genommen wird. All das führt dazu, dass es zu Verwischungen und Vermischungen der Grenzen zwischen *forum internum* und *forum externum* kommt, so dass man am Ende den gläsernen Seminaristen vor sich hat. Kein Wunder, wenn

manche US-Seminaristen diesen Kurs nur dadurch überleben, dass sie sich einreden, sie gehörten zu einer Art militärischer Spezialeinheit in «God's Army», die diesen Drill über sich ergehen lassen müsse, um am Ende so viele Seelen zu retten wie möglich. Wäre dies ein wünschenswerter Effekt für die Ausarbeitung einer «besseren» und tragfähigeren Amtstheologie?

Das Memorandum spricht von einer Kirchenkrise. Worin besteht die Krise genau? Die Missbrauchsfälle haben, wie schon angedeutet, an der Heiligkeit des Amtes gerüttelt – daran, dass der Amtsträger mit dem, was er sagt und tut, für Christus einsteht. Jeder sich verfehlende Amtsträger hat auf seine Weise – man verzeihe die pathetische Ausdrucksweise – die Dornenkrone noch tiefer auf das blutige Haupt Christi gedrückt. In den Verlassenheitsschrei des Gekreuzigten mischen sich die Stimmen der Opfer; diese Stimmen müssen gehört werden. Aber – noch einmal gefragt – kann man dieser Krise mit mehr «synodalen Strukturen», mehr «Individualfreiheit», mit der Aufhebung des Pflichtzölibats etc. beikommen, wie dies das Memorandum naheulegen scheint? Wohl kaum. Die von den Missbrauchsfällen ausgelöste Krise ist eine Krise der Heiligkeit des Amtes. Diese Heiligkeit gilt es zuallererst wiederzugewinnen.

Dabei verweist diese Krise eben auch auf ein tiefer liegendes Problem – nämlich auf viel zu viele unerledigte Fragen und Hausaufgaben im Kontext der Amtstheologie. Was sich seit den durch das Konzil erwirkten Veränderungen gezeigt haben dürfte, ist dies: Das kirchliche Amt lässt sich nicht in ausreichender Weise in den Kategorien des Funktions- oder Mandatsträgers begreifen. Der Priester ist kein Pfarrei-Bürgermeister, kein Gemeindevorsteher, kein urbaner Streetworker, kein spiritueller Coach etc. – auch wenn Elemente davon zum Berufsbild des katholischen Priesters gehört haben mögen und gehören. Gleichzeitig macht uns die so genannte Krise des Amtes auch bewusst, dass das Priestersein ebenso wenig in der Rolle des «liturgischen Vollstreckers oder Impresarios» aufgeht, so dass die von ganz anderen Parteiungen in der Katholischen Kirche ins Spiel gebrachten liturgischen Privatästhetizismen (etwa die Kultivierung der Tridentinischen Messe) ebenfalls kein Heilmittel darstellen dürften. Was vom Priester erwartet wird, ist außerordentlich schlicht und außerordentlich komplex zugleich: In ihm (seinem amtlichen Tun wie in seinem Leben) soll sich die Heiligkeit der Kirche abbilden: das heilende und erlösende Wort Jesu, die treue, Identität bewahrende Ansage der Botschaft Christi, die «Berührung» mit Gott in den Zeichen der Sakramente. Diese Heiligkeit kann durch mehr Mitbestimmung von Laien nicht verfertigt werden; sie kann auch nicht durch die Aufhebung des Pflichtzölibats erwirkt werden. Und sie fließt ebenfalls nicht aus Mahnungen zu pastoraler «Epikie» (wie sie das Memorandum mit Blick auf die Situation Geschieden-Wiederverheirateter oder gleichgeschlechtlicher Paare nahe zu legen scheint).

Die im Memorandum angesprochenen, oben erwähnten beiden Punkte – Pflichtzölibat und pastorale Epikie – sind je für sich bedenkenswert und zwar als konkrete Fragen der Zulassung zum Amt einerseits bzw. als Fragen der pastoralen Praxis andererseits. Besonders das Thema Pflichtzölibat wird immer wieder zur Debatte stehen angesichts der Tatsache, dass es in der katholischen Kirche gültig geweihte, verheiratete Priester gibt (etwa die Konvertiten z.B. aus der anglikanischen Kirche oder die Priester der unierten Kirchen des östlichen Ritus), dass in manchen Ländern der Zölibat flächendeckend nicht gehalten wird (weil die dortige Kultur das Verheiratetsein als Kriterium von Amtsautorität wertet), dass der ökumenische Dialog mit der Ostkirche diese Frage nicht vermeiden können und dass es schlussendlich sehr gute theologisch-historische und pastorale Gründe gibt, die Viri-Probati-Konzeption weiter zu bedenken. Aber alle diese Fragen sind keine auf die momentane Krise gemünzten Fragen. Sie verdecken das eigentliche amts-theologische Problem sogar. Und sie werden der Kernkrise nicht gerecht.

Denn die tiefer liegende Krise des Amtes konvergiert mit einer tiefer liegenden *Krise des Glaubens*: Es ist eine Krise der Glaubensüberzeugung und des Glaubenswissens. Das Element der Selbstverpflichtung in der Überzeugung, das die Bindung und Verbundenheit in der Glaubenshaltung impliziert, ist korrodiert – korrodiert unter den Bedingungen einer post-modernen Gesellschaftssituation, in der intellektuelle Findigkeit, moralische Mobilität und charakterliche Flexibilität die ‚perseverantia‘ abgelöst haben. An dieser Situation kann und wird auch keine basisdemokratisch verfasste Kirchenstruktur nur einen Hauch ändern können. Die Situation der evangelisch-lutherischen Kirche ist, bei Licht betrachtet, trotz der Tatsache, dass sie in ihrer Verfassungsform nun wirklich das alternative Paradigma darstellt, ebenso desolat wie die der katholischen Kirche in Deutschland. Und nun ist es schlicht eine Frage der nüchternen Logik: Wenn a und b, obwohl sie vollkommen verschieden verfasst und strukturiert sind, an den gleichen Problemen leiden, dann können diese Probleme wohl kaum von den Strukturen bzw. Verfassungsformen herrühren. Einfacher gesagt: Obwohl die evangelisch-lutherische Kirche all jene Dinge verwirklicht hat, die das Memorandum fordert, ist dieses Kirchenschiff ebenfalls leck geschlagen, weil es in die gleiche Krise gekommen ist: die Krise der Glaubensüberzeugung und des Glaubenswissens. Beide Volkskirchen bluten regelrecht aus, beide leiden an der Bindungsunwilligkeit ihrer ‚Mitglieder‘, beide haben keine zureichenden Antworten auf die Probleme fragmentierter Milieus oder nur punktueller Kohäsion, beide finden mit den vielen Menschen, die sich als »spirituell, aber nicht religiös (= nicht konfessionell gebunden)« betrachten, keine Schnittstellen mehr.

### Die Empfehlungen

Die Empfehlungen des Memorandums sind daher auf gewisse Weise unzeitgemäß. Denn sie setzen die Durchgängigkeit eines katholischen Milieus voraus, das so gar nicht mehr existiert. Christentum ist kein Breitenphänomen mehr in Deutschland (wer wissen will, wie eine breite christliche Oberflächensemantik aussieht, die als gesellschaftliches Orientierungsraster dient bzw. dienen konnte, der möge einen Blick in die USA tun). Noch mehr: Das Christentum ist und bleibt eine sperrige Religion, die in manchen ihrer Bereiche geradezu Unmögliches fordert und zu denken aufgibt: Trinität, Inkarnation, Opfertod am Kreuz, die Botschaft von der Vergebung des Unvergebbaren oder die Unbedingtheit der Liebe – all das ist unter den Vorzeichen der Wellness- und Befindlichkeitsreligiosität der Gegenwart ein extrem unhandliches Gut geworden. Der Islam ist verglichen mit der christlichen Dogmatik (und das darf man auch historisch so sagen) die «einfachere» Religion. Und die im Import simplifzierten östlichen Religionen bieten den Wellness-Bedürfnissen des postmodernen Kults um die eigene Befindlichkeit weit mehr Andockmöglichkeiten als die christliche Sakramentenlehre. Es bedarf also viel, ja sehr viel theologischer Arbeit, um die Wahrheiten des christlichen Glaubens in den vollkommen fragmentierten Kontext des 21. Jahrhunderts hinein zu vermitteln. Und das wäre, ehrlich gesagt, «den Schweiß der Edlen» wert.

All diese, die eigentliche Krise der Kirche bedingenden Faktoren werden vom Memorandum nicht gesehen. Es tut so, als wäre der Katholizismus wie noch in den 60er und 70er Jahren ein breiter gesellschaftlicher Faktor in Deutschland. Aber gibt es das aufgeschlossene katholische Bildungsbürgertum, das sich im ZdK einst gespiegelt hat, überhaupt noch? Die staatliche Subventionierung der Kirchen mitsamt dem konkordatären «Waffenstillstand» produzieren hier trügerischen Schein: Katholischsein ist kein Mainstream-Phänomen mehr. Die Diaspora ist inzwischen überall. In einer Dekade wird das Staat-Kirche-Verhältnis in Deutschland zur Disposition gestellt sein. Und man darf durchaus fragen, ob nicht de facto der «Einstieg in den Ausstieg» schon längst eingeläutet ist. In Hinsicht auf die lebensweltliche Verankerung sind die Kirchen auf dem Weg zur Selbstmarginalisierung; in ihnen bilden sich nicht die Mehrheiten der faktischen Lebensverhältnisse der Menschen ab. Und dies ist genau der Grund, warum Benedikt XVI. Deutschland als Missionsland betrachtet. Könnten die Empfehlungen des Memorandums daran etwas ändern? Würden noch mehr synodale Strukturen, würden gewählte Pfarrer und Bischöfe, verheiratete Priester, Einsegnungen von Zweitehen oder gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und Frauenpriestertum an der Selbstmarginalisierung der Kirche(n) etwas ändern? Wenn das so wäre, müssten die evangelisch-lutheri-

sche oder anglikanische Kirche boomen. Das ist aber nicht der Fall – diese Kirchen werden im Augenblick von ganz anderen Kräften bedroht, fast auseinander gerissen.

Wie also soll man mit den Empfehlungen des Memorandums umgehen? Ein detaillierter Blick wird schlicht sagen müssen: Ein Teil dieser Empfehlungen greift gar nicht tief genug, um die eigentliche Krise zu berühren. Der andere Teil wiederum steht in so großer Spannung zu dem, was lehramtlich mit hoher Verbindlichkeit entschieden wurde, dass diese Empfehlungen keinen gangbaren Weg darstellen.

### *Gefahren und Missverstehen*

Das Memorandum ist aber auch in einer anderen Hinsicht *unzeitgemäß*: Es verkennt die heftigen Scherkräfte in den unterschiedlichen Denominationen des Christentums, die für den Fall der katholischen Kirche nur dadurch kontrolliert werden können, dass es das Amt des Bischofs von Rom gibt, der (in der besten Tradition der Bischöfe von Rom) mäßigend und ausgleichend zu agieren versucht. Gerade in den pfingstlichen und evangelikalen Christentümern sammeln sich Kräfte, die erheblich konservativer sind, als man sich das in der deutschen Perspektive vorzustellen vermag. Die daraus resultierenden Scherkräfte drohen im Moment die anglikanische und die lutherische Kirche außerhalb Europas zu zerreißen. Diese Kräfte stehen auch an der Tür der katholischen Kirche: Sollte das Modell Volkskirche zerfallen, wartet ein pfingstlich eingefärbtes, theologisch höchst unterreflektiertes Christentum schon darauf, das Erbe anzutreten. Eine sich selbst ins Abseits stellende Theologie wird in diesem Rahmen kein Gehör mehr finden können.

Was in solchen schwierigen Kräfteverhältnissen ebenfalls zum Schutzraum, ja zum Rettungsanker wird, sind – und dies ist nun einmal die Situation des postmodernen 21. Jahrhunderts – Identitätsmarkierungen unter Verweis auf Tradition. Gerade hier besitzt die katholische Kirche ein Alleinstellungsmerkmal, das sie attraktiv macht: die Solidität einer Tradition, die sie gegen die «Ismen» der Zeitläufte immun macht und sich aus sich selbst die Ruhe verordnet, die man braucht, um die Geister sorgfältig zu unterscheiden. Die Aufsehen erregenden Konversionen anglikanischer Bischöfe in England und die sehr stillen Übertritte lutherischer Theologen in den USA können dies noch einmal bestätigen. Gerade die Tradition kann als «Firewall» dienen, um das Glaubensgut nicht an die Zeitläufte zu verschleudern – weder an die Relativismen noch an die Fundamentalismen des 21. Jahrhunderts. Diese Tradition ist aber auch Quelle der Selbsterneuerung und der Selbstkorrektur: Wer katholisch ist, kann nicht nur beim Zweiten Vatikanischen Konzil, kann nicht nur im 19. Jahrhundert oder bei Trient stehen bleiben. Der Reichtum einer 2000jährigen Tradition schleift daher



auch die «Ismen» innerhalb des Katholischen ab. Und das ist unter den Bedingungen einer erinnerungslosen spirituellen Fast-Food-Kultur und unter den Bedingungen des postmodernen Identitäts-Hoppings ein Segen. Denn, wie gesagt, die Alternative zu den Großkirchen steht auch in Deutschland schon bereit: Es boomen die Freikirchen, die in ihrem Biblizismus und Rigorismus totalitäre Züge annehmen können.

Angesichts der realen Gefahren des Christentums in einer globalisierten Welt beschwört die Einseitigkeit des Memorandums ebenfalls Gefahren herauf – eben weil es die globale Perspektive schmerzlich vermissen lässt. Es produziert nämlich seinerseits Scherkräfte in der katholischen Kirche in Deutschland, die nur die extremen Ränder erfreuen werden, alle moderaten und konzilianter Katholikinnen und Katholiken in ungesunde und auch unerwünschte Entscheidungssituationen zu drängen drohen. Das junge 21. Jahrhundert ist eine Zeit der Identitätsmarkierungen, die für viele umso überlebenswichtiger werden, als die globale Welt unübersichtlicher wird. Es ist daher nicht überraschend, wenn das Memorandum durch diese Identitätsmarker betrachtet und gerastert wird. Und die vielen, übellaunigen und harschen Kommentare auf den englischsprachigen Blogs verraten auch, wie das Memorandum vielfach wahrgenommen wird: als Verrat an katholischen Identitätsmarkern. Dies ist – das sei betont – noch kein Argument gegen die Stichhaltigkeit der im Memorandum aufgegriffenen Themen; es ist nicht einmal ein Anfang einer Diskussion. Aber es führt zu einer Kritik an dem im Memorandum vollzogenen *Sprechakt*: Wer auf diese Weise spricht, kann in einer an Identitätsmarkern gerasterten und rasternden Zeit niemals richtig gehört und richtig verstanden werden. Mag die Absicht noch so redlich gewesen sein, so ist der perlokutionäre Effekt nunmehr so desolat, dass alle guten Absichten sich selbst aufheben werden. Die ironischen Kommentare einiger Journalisten sind hier nur die Spitze des Eisbergs.

Wiederum sei – erneut sehr pragmatisch – *religionspolitisch* gefragt: Wie soll man auf absehbare Zeit einem agnostisch eingestellten Politiker außerhalb (und innerhalb) der C-Parteien erklären können, warum es notwendig ist, wissenschaftliche Theologie staatlich zu fördern, wo diese Theologie gerade in der Aufgabe, als Befriedungsinstrument von und für Religion zu dienen, versagt, weil sie selbst Spaltung produziert, indem sie ihre institutionelle Rückendeckung verliert? Dass religionspolitisch inzwischen auf die C-Parteien auch kein Verlass mehr ist, sollte sich schon herumgesprochen haben. Und dass politische Loyalitätsversprechungen mit den Mehrheitsverhältnissen wechseln, kann man tagtäglich studieren. Eine sich in die Kirchenferne manövrierende Theologie verliert ihren stärksten Bündnispartner: die Kirche.

Die Einseitigkeit des Memorandums verweist schlussendlich auf eine weitere, theologisch unerledigte Hausaufgabe: die Bestimmung des prekären

ren Verhältnisses zwischen Christentum und Kultur. Zu Recht muss man inzwischen nämlich fragen dürfen, ob an der Moderne alles gut ist und ob man in jedes Boot, das der Zeitstrom vorbeitreibt, auch steigen muss. Gerade in der lutherischen Theologie amerikanischer Prägung wird (Stichwort: Yale-School) im Umkreis von George Lindbeck und seinen Schülern ernsthaft gefragt, ob auf die Kultur der Moderne nicht auch *dialektisch* zu antworten sei, weil sie in Teilen unchristlich und inhuman ist. Von dieser theologischen Aufgabenbeschreibung könnte man auch hierzulande lernen, anstatt theologisch eine Moderne selig zu sprechen, die mit dem Christentum selbst nicht immer zimperlich umgegangen ist. Der im Memorandum beschriebene Freiheitsbegriff atmet den Geist des politischen Liberalismus. Wo dessen Schattenseiten liegen, hat die Geschichte hinlänglich gezeigt. Für nicht wenige christliche Kreise außerhalb Deutschlands ist ›Liberalismus‹ zum Schimpfwort geworden. Also – worin besteht die viel beschworene Freiheit des Evangeliums genau, wenn bürgerlicher Liberalismus damit nicht gemeint sein soll? Steht die im Memorandum beschworene *Freiheit des Evangeliums* nicht auch in einem dialektischen Verhältnis zur Freiheit des mündigen Bürgers? An der Scharnierstelle dieser Fragen offenbart das Memorandum, wie einseitig und wie – pardon – regional-einseitig es eigentlich denkt: Es empfiehlt einen Maßnahmenkatalog, der noch in die alte Bonner Republik gehört; es diagnostiziert einige Symptome, aber nicht die wirkliche Krankheit und verordnet ein ungeeignetes Heilmittel. Es setzt eine Kirche voraus, die es schon lange nicht mehr gibt und auf absehbare Zeit nicht wieder geben wird.

### *Eine behutsame Diagnostik*

Es steht einem systematischen Theologen, der noch dazu als Philosoph arbeitet, nicht an, eine pastoraltheologische Diagnostik zu versuchen. Deshalb verstehen sich die folgenden Überlegungen auch nur als eine behutsame religionsphilosophische und systematische Skizze. Die zentrale These lautet: Religion hat als eine ihrer vornehmsten Aufgaben eine ›Hermeneutik des Lebens‹ zu ermöglichen. Die Krise in der Glaubens-Überzeugung hat damit zu tun, dass die christliche(n) Volkskirche(n) diese wichtige Aufgabe offenkundig nicht mehr zureichend erfüllen (können). Die Gründe für dieses Defizit sind vielfältig – und sind eben auch nicht alle von den Kirchen selbst zu verantworten. Mit Lebenskonzepten, die ein neuheidnisches Layout haben (und die *en vogue* sind), mit spirituellen Suchbewegungen, die an einer Transzendenzbeziehung (also an einer *Beherrschung* des Übersinnlichen und nicht an einer Berührung mit dem Heiligen oder gar an einem Dialog mit dem Allmächtigen) interessiert sind, wird das Christentum kaum einen gemeinsamen Nenner finden können. Andererseits verwahrt es in der

Botschaft von Erlösung einen kostbaren Schatz. Und man kann sich fragen, warum dieser Schatz im Moment so wenig funkelt. Erklärende Faktoren gibt es genug – und die soziologischen Studien dazu sind inzwischen auch schon «old news». Religionsphilosophisch interessant sind aber drei Elemente, die hier als drei Thesen niedergeschrieben seien: 1. Wenn das Amtliche nicht personal vermittelt ist, ist es wirkungslos. 2. Der Zwang zur Patchworkexistenz setzt Religion einem sehr heterogenen Erwartungsdruck aus. 3. Elemente der Sinnstiftung lassen sich auch aus (vielen) anderen narrativen Ressourcen generieren.

Der erste Punkt ist vielleicht der einfachste: Wenn Religion auf ihr personales Gesicht verzichtet, verliert sie die Menschen aus dem Blick. Wie kann es – um diesen Gedanken an einer Anekdote zu illustrieren – sein, dass in Falls Church (Virginia) die katholischen Gottesdienste brechend voll sind, obwohl der Priester nur schlecht Englisch spricht, die Predigt (auch unter objektiven Gesichtspunkten) wirklich nicht gut ist und auch die liturgische Ästhetik leidet? Die Antwort ist die: Dieser Priester wird buchstäblich von der Gemeinde getragen, er steht vorne, aber steht nicht allem vor. Er muss nicht alles tragen. Die Gemeinde ist im Gottesdienst präsent – u.a. in den vielen Gesichtern der Ehrenamtlichen. Soziales Leben, gemeindliche Diakonie und Caritas, Katechese vollziehen sich vor Ort, buchstäblich *in* der Kirche. In Deutschland hat die Professionalisierung von Katechese, kategorialer Pastoral, besonders von Diakonie und Caritas zu einer gewissen Bürokratisierung und Anonymisierung geführt. Das Outsourcing von Kernkompetenzen hat selbst zu einer Entleerung des Kerns beigetragen, die Gemeinde ist zu einer abstrakten Größe geworden. Man wird diesem seelsorgerlichen Kernproblem nicht gerecht, wenn man immer wieder und immer nur über die Vermehrung der Zahl Hauptamtlicher nachdenkt, wenn man immer nur die Änderung der Zulassungsbedingungen zum Weiheamt fordert. Gemeinde muss sich vielmehr als Gemeinde erleben und auch selbst in all ihren Facetten tragen können. Die deutschen Kirchen bieten zu viel Apparat und zu wenig menschliches Angesicht: Wo erleben Menschen spirituelle und reelle Gastfreundschaft in den Gemeinden, wo Anteilnahme, wo soziale Fürsorge, wo spirituelle Begleitung, wenn es für alle brenzligen Fragen einen Spezialdienstleister in einer Großbürokratie gibt?

Der zweite Punkt kann hier ebenfalls nur vage skizziert werden: Was erwarten Menschen von den Kirchen? Die Antworten würden ein ausgesprochen heterogenes Spektrum bieten, das von Sinnstiftung bis moralischer Führung, von Heimat bis Heilung, von Berührung mit der Transzendenz bis Ermöglichung geglückerter Lebens reicht. Volkskirchliche pastorale Strukturen sind für diese spezifischen Fragen und Erwartungen zu unspezifisch. Die immer noch dominierende Amtsvorstellung, die im Priester den Alleskönner sieht, muss hier stumpf werden. Auf die Fülle der Erwartungen

kann nur eine Fülle von unterschiedlichen Charismen antworten: den Zweifelnden ein Lehrer, den Suchenden ein Seelenführer, den Kranken ein Heiler, den Zerbrochenen ein Versöhner zu sein – wer kann das alles leisten? Und wie soll das in den Dimensionen volkskirchlicher Seelsorgestrukturen (man denke hier an Karl Rahners Bonmot, das die Einteilung von Pfarrei- und Seelsorgestrukturen mit der Einteilung von Polizeidistrikten verglichen) geschehen? Und wie würden hier die Forderungen des Memorandums helfen? Verhalten sich diese Empfehlungen nicht so, wie wenn man dem, der um ein chirurgisches Präzisionsinstrument bittet, einen Schraubenzieher reicht?

Auch der dritte Punkt kann nur noch skizziert werden: Unstrittig ist, dass die christlichen Kirchen ihr Copyright auf narrativ erschlossene Sinnhorizonte verloren haben. Wie Jugendliche beispielsweise über ihr Leben (und das Erblühen als Mann und Frau) nachdenken und wie sie es Sinn stiftend zu bewältigen suchen, lässt sich eher an der *Twilight-Trilogie* ablesen als an christlichen Zentralgeschichten. Das narrative Universum der Bibel ist ersetzbar geworden durch andere *Erzählungen*, die die Herzen der Menschen stärker berühren. In solch einer Situation können die Kirchen nur in einer gewissen Zähigkeit versuchen, langsam und geduldig Terrain zurückzuerobern, indem sie es wagen, mit großer Geduld andere und bessere Geschichten zu erzählen. Wenn ein Monopol einmal verschwunden und verspielt ist, dann kann man sich auf alte Größe nicht mehr verlassen. Und damit wird all das, was mit dieser Größe zu tun hat, auch irrelevant: manche Eitelkeiten des Amtes genauso wie der Eifer für strukturelle Reformen, die eben diese untergegangene Größe noch voraussetzen.